



# Positionen der Gewerkschaft der Polizei

Von Rüdiger Seidenspinner, Landesvorsitzender

## Liebe Kolleginnen und Kollegen,

**nachdem die Landtagswahlen mit ihrem Ergebnis Fakt waren, hat die GdP sehr schnell den Koalitionsparteien ihre Positionen zur Verfügung gestellt.**

Hier nochmals unsere Positionen:

### Altersaufbau der Polizei

- Die Verlängerung der Lebensarbeitszeit löst dieses Problem nur kurzfristig.
- Schaffung von mehr attraktiven Ausbildungsplätzen.
- Entlastung durch Reduzierung der Wochenarbeitszeit und/oder andere Maßnahmen.

### Belastung der Polizei, die ständig unter Volllast arbeiten muss

- Sinnvolle Auslagerung von polizei-fremden Aufgaben (Verwaltungsaufgaben gehören in die Hände von Polizeiverwaltungsbeamten, die es bisher noch nicht gibt).
- Nicht nur „Polizei gehört auf die Straße fordern“ sondern dazu auch das benötigte Personal, z. B. im Tarifbereich, einstellen.
- Langfristig: Personal dem Ausgaben-zuwachs anpassen.
- Kurz- und Mittelfristig: Einstellung von Tarifbeschäftigten; Rückführung des Personalbestandes auf den Stand vor Einführung der Effizienzrendite.

### Perspektivlosigkeit im Tarifbereich und in einigen Teilen des mittleren Dienstes

- Polizeizulage für Tarifbeschäftigte der Polizei, da bei der Polizei ganz andere Belastungen auf die Beschäftigten (Angestellte im Schreibdienst) entfallen, wie in anderen Behörden.
- Kontinuierliche, verlässliche Aufstiegs-möglichkeiten in den gehobenen Dienst (Dienst erfahrung) und volle Durchschlüsselung im gehobenen Dienst.



- Klare und deutliche Absage an weiteren Personalabbau, egal ob im Beamtent- oder Tarifbereich.

### Erschwerniszulagenverordnung

- Im Rahmen der Dienstrechtsreform hat die Landesregierung mit Wissen und Willen die alte Erschwerniszulagenverordnung des Bundes übernommen.
- Die neue Regelung mit erhöhten Zulagen für Sondereinsatzkommandos, Mobil-einsatzkommandos und BFE-Einheiten wurden absichtlich nicht übertragen.
- Dies ist in keiner Weise hinnehmbar und bedarf einer Korrektur.

### Gebäudemanagement

- Einführung eines betrieblichen Umweltmanagements zugeschnitten auf Polizeigebäude und Polizeieinrichtungen mit dem Ziel, Betriebskosten zu senken und die Umwelt zu schonen.
- Zahlreiche Polizeieinrichtungen und Gebäude gehören auch aus energetischer Sicht so schnell wie möglich saniert. Dies sind neben den Einrichtungen der Bereitschaftspolizei besonders die Akademie der Polizei in Freiburg.
- Viele Polizeidienststellen sind im Landeseigentum; hier können Fotovoltaik-

anlagen angebracht werden, was nicht nur unter energetischen Gesichtspunkten sinnvoll wäre, sondern auch einen Beitrag für den Landeshaushalt darstellen würde.

### Landespersonalvertretungsgesetz

- Die Landesverwaltung hat sich in den letzten Jahren grundlegend verändert, doch die Mitbestimmung der Beschäftigten durch ihre Personalräte wurde immer weiter zurückgefahren oder ist nicht möglich, weil entsprechende Veränderungen in der Verwaltung im Landespersonalvertretungsgesetz überhaupt nicht abgebildet sind; deswegen braucht Baden-Württemberg ein modernes, den Anforderungen einer mitarbeiterorientierten Landesverwaltung geltendes Landespersonalvertretungsgesetz.

### Erhöhung des Lebensarbeitszeit

- Die Entscheidung war falsch und ist falsch.
- Wir brauchen die Möglichkeit von Altersteilzeit für alle Beamtinnen und Beamten.
- Die bisherige Regelung nimmt keine Rücksicht auf Kolleginnen und Kollegen, die aus den besonders belastenden Diensten oder dem Schichtdienst kommen.

### Berufsbild der Polizei-Fachangestellten

- Eigenes Berufsbild, weil es die Realität widerspiegelt.
- Trägt nicht nur den Erfordernissen Rechnung (Angestellte beim Landeskriminalamt sind mit Polizeibeschäftigten in keiner Weise vergleichbar), sondern würde neben Respekt und Achtung vor deren Tätigkeit auch eine andere tarifliche Eingruppierung ermöglichen.

Fortsetzung auf Seite 2



Die Landesredaktion ist unter der E-Mail-Adresse [redaktion@gdp-bw.de](mailto:redaktion@gdp-bw.de) zu erreichen.

Bitte alle Artikel, die in der Deutschen Polizei, Landesjournal, oder in der GdP digit@1 veröffentlicht werden sollen, an diese E-Mail-Adresse senden.

In dringenden Fällen erreicht Ihr uns auch unter der GdP-Phone-2.0-Nummer 0 15 25-6 13 26 65.

Der Redaktionsschluss für die Juli-Ausgabe 2011 des Landesjournals Baden-Württemberg ist Freitag, der 3. Juni 2011, und für die August-Ausgabe 2011 Freitag, der 8. Juli 2011.

Nicht rechtzeitig zum Redaktionsschluss eingesandte Artikel können von uns leider nicht mehr berücksichtigt werden.

Zur einfacheren Bearbeitung bitten wir um Übersendung von unformatierten Texten ohne Fotos, diese bitte separat zusenden.

**Wolfgang Kircher und Thomas Mohr**

DEUTSCHE POLIZEI  
Ausgabe



Baden-Württemberg

**GdP-Geschäftsstelle:**

Maybachstraße 2, 71735 Eberdingen  
Telefon: (0 70 42) 8 79-0  
Telefax: (0 70 42) 8 79-2 11  
E-Mail-Adresse: [info@gdp-bw.de](mailto:info@gdp-bw.de)  
Internet: [www.gdp-bw.de](http://www.gdp-bw.de)

**Service GmbH BW:**

Telefon: (0 70 42) 8 79-0  
Telefax: (0 70 42) 8 79-2 11  
E-Mail-Adresse: [info@gdp-service.com](mailto:info@gdp-service.com)

**Redaktion:**

Wolfgang Kircher (V.i.S.d.R.)  
Schwalbenweg 23  
71139 Ehningen  
privat: (0 70 34) 76 83  
GdP-Phone: (0 15 25) 6 13 26 65  
E-Mail: [redaktion@gdp-bw.de](mailto:redaktion@gdp-bw.de)

**Verlag und Anzeigenverwaltung:**

VERLAG DEUTSCHE  
POLIZEILITERATUR GMBH  
Forststraße 3 a, 40721 Hilden  
Telefon: (02 11) 71 04-1 83  
Telefax: (02 11) 71 04-1 74  
Verantwortlich für den Anzeigenteil:  
Antje Kleuker  
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 32 vom 1. April 2009

**Herstellung:**

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG  
DruckMedien  
Marktweg 42-50, 47608 Geldern  
Postfach 14 52, 47594 Geldern  
Telefon: (0 28 31) 3 96-0  
Telefax: (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6381

Fortsetzung von Seite 1

**Freiwilliger Polizeidienst**

- Keine neuen Verpflichtungen von Angehörigen für den Freiwilligen Polizeidienst mehr.
- Einfrierung des Budgets für den Freiwilligen Polizeidienst.
- Stufenweise Rückführung der Angehörigen des Freiwilligen Polizeidienstes durch Entpflichtung, parallel zur Übernahme von jungen Kolleginnen und Kollegen von der Bereitschaftspolizei zum Polizeieinzeldienst (X junge, frisch ausgebildete Polizistinnen und Polizisten kommen auf die Polizeireviere und in gleicher Anzahl wird der Freiwillige Polizeidienst zurückgefahren).

**Einführung der zweigeteilten Laufbahn mit geeigneten Modellen für die Überleitung der bisherigen Angehörigen des mittleren Dienstes in den gehobenen Dienst**

- Es ist nicht nachvollziehbar, dass Polizisten in Rheinland-Pfalz und Hessen durchgängig im Gehobenen Dienst angesiedelt sind, während der größte Teil der Beamtinnen und Beamten in Baden-Württemberg immer noch im Mittleren Dienst sind.
- Verantwortungsvolle Tätigkeit muss auch angemessen bezahlt werden. Im Polizeidienst muss ebenfalls gelten, dass sich gute Arbeit lohnen muss. Der Polizeiberuf ist ein außerordentlich schwieriger, anspruchsvoller und in weiten Teilen sehr komplexer Beruf.
- Fakten schaffen: Verlässlicher Einstieg für die grundsätzliche Ausbildung an der Hochschule für Polizei (HfPol) muss sichergestellt werden.
- Wenn aus demographischen Gründen eine ausnahmsweise Ausbildung im mittleren Dienst notwendig ist (muss einer ständigen, objektiven Prüfung unterzogen werden und darf keinen Automatismus erfahren), bedarf es hier klarer, verlässlicher Regeln, wie mit Berufserfahrung in den gehobenen Dienst gewechselt werden kann.
- Die volle Durchschlüsselung ist unbedingt zu gewährleisten (auch im höheren Dienst).

**Gesundheits- und Arbeitsschutz auf Grundlage der EU-Richtlinie**

- Seit 1996 ist durch Fristablauf die europäische Arbeitszeitrichtlinie unmittel-

bar geltendes Recht; dies wurde bisher nicht oder nur zögerlich beachtet.

- Diese Schutzbestimmungen sind einzuhalten.
- Maßnahmen wie Wochenarbeitszeitreduzierung, Zeitzuschläge etc. sind zu ergreifen.
- Ausnahmeregelungen müssen Ausnahmeregelungen bleiben und nicht wie bisher die Regel sein.



Unterwegs bei den Koalitionsverhandlungen im Haus der Architekten in Stuttgart.

**Wertschätzung der gesamten Polizei**

- Hierzu gehört neben der Einführung eines Paragraphen 115 StGB, der einen Angriff auf Polizistinnen und Polizisten aus dem Nichts auch dann bestraft, wenn der Beamte oder die Beamtin nicht verletzt wird, eine klare, strukturierte Parallelverschiebung der bisherigen Besoldung und Bezahlung nach oben, erste Maßnahme ist die komplette Abschaffung des Eingangsamtes A 7.
- Alle Beschäftigten in der Polizei des Landes müssen in der Wertetabelle, also Lohn- und Vergütungstabelle, nach oben geschoben werden.

**Novellierung der Verwaltungsvorschrift über die Gewährung dienstlichen Rechtsschutzes**

- Die Verwaltungsvorschrift des Innenministeriums zur Durchführung des Landesbeamtengesetzes vom 18. Juli 2003 muss im Hinblick auf die Verfahren, die der Durchsetzung von zivilrechtlichen Ansprüchen von Polizeibeamten aus Rechtsverletzungen dahin-



## FÜR DIE ZUKUNFT AUFGESTELLT

gehend korrigiert werden, dass Rechtsschutz nicht nur dann gewährt wird, wenn der Beamte oder seine Familie einen „Anschlag“ erlitten hat. Nahezu jeder zivilrechtliche Anspruch von Polizeibeamten resultiert aus Widerstandshandlungen. Zur Durchsetzung dieser Forderungen werden die Polizeibeamten mit der derzeit geltenden Regelung alleine gelassen.

- Das Verfahren zur Beantragung dienstlichen Rechtsschutzes ist landesweit zu vereinheitlichen. Willkürliche Anwendungsformen in den einzelnen Regierungspräsidien sind zu unterbinden.
- Das Verfahren zur Gewährung dienstlichen Rechtsschutzes ist zu vereinfachen.

### Bestandsgarantie für Werkstätten

- Die bestehende Bestandsgarantie für die verbliebenen Werkstätten muss beibehalten werden. Diese müssen mit dem erforderlichen Personal ausgestattet sein;
- ein verdeckter Abbau dieser Werkstätten in der Form, dass altersbedingt ausscheidendes Personal nicht ersetzt wird, ist kontraproduktiv, denn eine Privatisierung ist kostenintensiver und für die Polizei nicht praktikabel.

### Kontinuierliche Gesprächsebene mit Grün und Rot

- Zum Zwecke eines offenen und fairen Meinungsaustausches und Informationsgewinnes gehören regelmäßige und vertrauensvolle Gespräche.

### Es gibt aber auch Streitpunkte zwischen der GdP und der neuen Landesregierung

#### Keine Kennzeichnung der Polizeibeamten

! Die GdP ist entschieden gegen eine Kennzeichnungspflicht, denn die steigende Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten erfordert vom „Dienstherrn“ einen besonderen Schutz, dies schon alleine aus der beamtenrechtlichen Fürsorgepflicht heraus.

! Das polizeiliche Gegenüber ist auch nicht gekennzeichnet. Es wird immer schwieriger, Täter einwandfrei zu identifizieren, die Polizistinnen und Polizisten angegriffen oder beleidigt haben.

! Polizistinnen und Polizisten dürfen nicht zum Freiwild gemacht werden, sie

leisten ihren Dienst für die Allgemeinheit und nicht zum Selbstzweck.

! Der Datenschutz auf der einen Seite und die namentliche Kennzeichnung widersprechen sich.

#### Keine Abstriche in Beihilfe und Heilfürsorge

! Bisherige Abstriche sind mehr als genug und stellen jetzt schon ein Sonderopfer dar.

! Deshalb keine weitere Einschränkungen, sondern Rücknahme der Abstriche, die zum 1. 1. 2011 in Kraft getreten sind.

#### Keine Einschränkungen an den Pensionen

! Klare und deutliche Absage an eine weitere Reduzierung der Pensionsgrenze 71,75% aus dem letzten Statusamt.

! Keine weiteren Experimente und Einsparungen auf dem Rücken derer, die jahrelang für dieses Land die Haut zu Markte getragen haben.

! Wiedereinführung der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage.

Nun ist der Koalitionsvertrag unter Dach und Fach und die Weichen für die Zukunft sind gestellt.

Die Ziele der GdP sind deutlich erkennbar und in bestimmten Formulierungen sehr genau wiederzuentdecken.

Die GdP war als Berater der SPD-Fraktion in den Vorberatungen und am Tag, an dem der Teil „Innere Sicherheit“ behandelt wurde, anwesend.

Nun gilt es, unsere Positionen mit Leben zu erwecken und „Fleisch an den Knochen“ zu geben. Die GdP hat die o. g. Stichpunkte ausformuliert, die in Bälde auch auf der GdP-Homepage eingestellt werden und was der wesentliche Teil ist, auch in die jetzt verantwortliche Politik gegeben.

Unsere Thesen wurden in unseren Kreisgruppen und Landesgremien diskutiert, wenn auch mit einem leider sehr kurzen Zeitfenster. Das war notwendig, weil wir frühzeitig den Verantwortlichen mit unserem Fachwissen zur Verfügung stehen wollten.

Damit wir nicht völlig losgelöst diskutieren, haben wir diverse Gespräche mit GdP-Mitgliedern in höheren Führungsfunktionen geführt. Auch das war wichtig, denn sonst wären uns wichtige Punkte verlorengegangen, die in unserem Thesenpapier Einfluss gefunden haben.

Somit ist ein rundes Papier entstanden, indem viele Gedanken ihren Einfluss gefunden haben.

Wir, als GdP, wissen genau, welche Rolle wir spielen. Wir sind Berater und nicht Bestimmer. Wir werden – trotz guter Verbindungen – nicht so auftreten, als könnten wir die Welt aus den Angeln heben. Eine Gewerkschaft hat die Aufgabe, die Belange der Beschäftigten zu vertreten. Dies werden wir ohne Wenn und Aber tun.

Ob wir Einfluss haben, hängt von unserer Redlichkeit und Verlässlichkeit ab. Wir werden keine Schaufenstergefechte führen, um damit in die Mitgliedschaft zu punkten. Wir werden nicht alles nachplappern, was opportun zu sein scheint. Wir haben unsere Linie und die verfolgen wir, auch wenn es manchmal sehr hart ist und auch sehr lange dauert.

Wir werden auch mit der neuen Regierung, wenn es sein muss, unsere Klagen kreuzen. Dies dann aber in aller Klarheit und Deutlichkeit. Nur eines ist sicher, der Umgangston ändert sich und es wird sich zeigen, dass nicht immer die, die zu allem Ja und Amen gesagt haben, – von profilorientierten Aufhellern mal abgesehen, die meistens dann kamen, wenn aller Rauch schon verfliegen war –, Recht bekommen, sondern man mit uns mit aller Ernsthaftigkeit reden und diskutieren wird.

Es wird kein Gold regnen und kein Milch oder Honig fließen, wir werden weiter für unsere Ziele kämpfen müssen, aber auf einer anderen Ebene, ohne uns zu verkaufen.

Euer

*Rüdiger Seidenspinner*

## FRAUENSTÄRKEN

### Die Macht der Rollenbilder, Gerechte Leistungsbewertung von Frauen – ein Traum?

Unter diesem Motto findet am Mittwoch, dem 29. Juni, im Gewerkschaftshaus in Stuttgart ein Fachtagung für Beauftragte für Chancengleichheit, Personalrätinnen und interessierte Frauen aus Behörden, Verwaltungen und Betrieben statt. Beginn ist um 9.30 Uhr. Der Kostenbeitrag beträgt 10,- Euro, dieser wird für Mitglieder einer DGB-Gewerkschaft vom DGB übernommen. Weitere Infos und die Anmeldemöglichkeit findet Ihr unter [www.bw.dgb.de](http://www.bw.dgb.de) unter Termine.

WKI





# Auszüge aus dem Koalitionsvertrag



## Bürgernahe Polizei

Wir wollen das Leitbild einer bürger-nahen Polizei in Baden-Württemberg weiterentwickeln. Sie ist der Garant der Inneren Sicherheit und braucht eine angemessene Ausstattung, Ausbildung und Besoldung, um in Zukunft ihre Aufgaben erfolgreich erfüllen zu können.

Wir werden die Leistungsfähigkeit der Polizei stärken und insbesondere ihre Personalstärke sichern.

Wir werden auch ein Modernisierungsprogramm für die Polizeitechnik auflegen, um die eklatanten Versäumnisse der Vergangenheit bei der Modernisierung der Informations-, Kommunikations- und Telekommunikationstechnik sowie bei der Einsatz-, Verkehrsüberwachungs- und Kriminaltechnik wettzumachen.

Zu einer effizienten Polizei gehören leistungsfähige Strukturen. Wir werden die Polizeistrukturen überprüfen mit dem Ziel, die Basisdienststellen zu stärken, Freiräume für operative Schwerpunkte zu gewinnen und insgesamt die Aufgabenwahrnehmung bei flachen Hierarchien noch erfolgreicher zu gestalten. An diesem ergebnisoffenen Prozess werden wir alle Betroffenen von Anfang an beteiligen.

Wir werden alle notwendigen Maßnahmen ergreifen, damit Baden-Württemberg bei der Verfolgung von Wirtschaftskriminalität und bei der Bekämpfung der Korruption vorbildlich wird.

## Personalabbau bei der Polizei stoppen

Wir werden den Personalabbau im Polizeivollzug und im Nichtvollzug stoppen und Neueinstellungen vornehmen, wo unabdingbar personelle Lücken geschlossen werden müssen. Die Polizeibeamtinnen und -beamten werden dadurch von polizeifremder Arbeit entlastet und

können sich verstärkt auf ihre eigentlichen polizeilichen Aufgaben konzentrieren. Denn wir wollen die Polizeipräsenz in der Fläche verbessern. Wir streben zudem an, ausreichende Planvermerke zur wechselseitigen Besetzung von Vollzugs- und Nichtvollzugsstellen zu schaffen.

Wir werden zudem Sorge dafür tragen, dass angesichts der anstehenden Pensionierungswelle bei der Polizei frühzeitig Polizeinachwuchs in ausreichendem Umfang ausgebildet wird. Vor dem Hintergrund des doppelten Abiturjahrgangs wollen wir im Jahr 2012 die Zahl der Neueinstellungen von derzeit 800 Polizeinachwuchskräften ausweiten. Neben den Sicherheitsaspekten leisten wir damit auch einen Beitrag zur Sicherung der Zukunftsperspektiven junger Menschen.

Bei der Anwerbung von Polizeinachwuchs wollen wir ein besonderes Augenmerk darauf legen, dass mehr Migrantinnen und Migranten für den Polizeidienst gewonnen werden.

Wir werden den Freiwilligen Polizeidienst mittelfristig auflösen. Als Sofortmaßnahme werden wir das Budget einfrieren und keine neuen Angehörigen für den Freiwilligen Polizeidienst einstellen. Die freiwerdenden Mittel werden wir für die Verbesserung der Personalausstattung der regulären Polizei in den Polizeirevieren verwenden. Auch diese Maßnahme trägt dazu bei, die sichtbare Präsenz der Polizei in der Fläche zu verbessern.

## Zweigeteilte Laufbahn einführen

Der Polizeiberuf stellt sehr hohe Anforderungen an die Beamtinnen und Beamten. Diese verantwortungsvolle Tätigkeit muss auch angemessen vergütet werden. Wir werden deshalb die Voraussetzungen dafür schaffen, dass die bisherigen Angehörigen des mittleren Dienstes schrittweise in den gehobenen Dienst übergeleitet werden und damit Zug um Zug die zweigeteilte Laufbahn einführen.

Dabei werden wir einen Einstellungskorridor für den mittleren Dienst einrichten, um Realschulabgängern auch künftig den Zugang zum Polizeiberuf offen zu halten.

Wir werden die Einführung eines eigenständigen Berufsbildes des Polizei-Fachangestellten auf den Weg bringen.

Die Aufstiegsmöglichkeiten für die Tarifbeschäftigten bei der Polizei sowie

die Besoldungs- und Beförderungssituation bei den Verwaltungsbeamtinnen und -beamten bei der Polizei werden wir auf den Prüfstand stellen mit dem Ziel, die derzeitige unbefriedigende Situation zu verbessern.

## Gleichstellung auch bei der Polizei

Zu einem modernen Polizeimanagement gehört die Gleichstellungspolitik, um wirksamen Schutz vor Diskriminierung zu gewährleisten. Wir werden deshalb eine zentrale Beschwerdeinstanz für Angehörige der Polizei (Ombudsmann) schaffen. Die Gleichstellung homosexueller Polizistinnen und Polizisten werden wir durch die Benennung von Gleichstellungsbeauftragten gewährleisten.

## Kommunale Kriminalprävention ausbauen

Die kommunale Kriminalprävention hat sich in vielfältiger Weise zur Vorbeugung von Straftaten bewährt. Wir werden alle Möglichkeiten nutzen, dieses Präventionsinstrument zur Bündelung polizeilicher, behördlicher, schulischer und gesellschaftlicher Kräfte im kommunalen Raum auszubauen und zu erweitern.

Die von uns geplante Ausweitung demokratischer Teilhabe- und Mitbestimmungsrechte der Bürgerinnen und Bürger wird auch auf die Arbeit der Polizei erhebliche positive Auswirkungen haben. Wir werden alles tun, damit die Polizei nicht zum Prellbock widerstreitender gesellschaftlicher und politischer Interessen gemacht wird und mit polizeilichen Mitteln Konflikte austragen muss, die in erster Linie politisch zu lösen sind.

## Gewalt gegen Polizei stoppen

Wir wollen, dass jegliche Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte geächtet wird. Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten ist kein Kavaliersdelikt. Wir zollen der Polizei Respekt und Anerkennung für ihre schwierige Arbeit und wir müssen sie vor tätlichen Angriffen und vor Aggression schützen. Wir fordern und fördern eine Kultur des gegenseitigen Respekts und der Wertschätzung der polizeilichen Arbeit.

Wir werden eine individualisierte anonymisierte Kennzeichnung der Polizei



## DER KOALITIONSVERTRAG

bei sog. „Großlagen“ einführen, unter strikter Wahrung des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung der Polizistinnen und Polizisten.

Wir werden die Beschlussempfehlungen im gemeinsamen Minderheitenvotum von SPD und GRÜNEN im Untersuchungsausschuss zur Aufarbeitung des Polizeieinsatzes am 30. 9. 2010 in Stuttgart umsetzen. Dazu gehört auch ein bürgerfreundliches Versammlungsgesetz für Baden-Württemberg.

### Waffenrecht verschärfen

Über eine Bundesratsinitiative werden wir eine Verschärfung des Waffenrechts angehen, insbesondere mit dem Ziel, ein generelles Verbot für den Privatbesitz von großkalibrigen Faustfeuerwaffen durchzusetzen (mit Ausnahme der Jäger). Auch die Kontrolle der so genannten Altfälle unter den Sportschützen im Waffenrecht muss strenger und rechtssicher geregelt werden. Wir wer-

den zudem rasch die erforderlichen Konsequenzen aus der vom Landtag bereits beschlossenen Evaluation der Kontrollen von Waffen und Munition ziehen. Wir streben eine dauerhafte höhere Kontrolldichte durch die Waffenbehörden an.

Der gesamte Koalitionsvertrag ist im Netz downloadfähig eingestellt, sowohl bei SPD und GRÜNEN, wie auch bei der GdP.

*RSeid*

## PERSONALIEN

### Reinhold Gall – der neue Innenminister

#### Lebenslauf

1956 geboren, verheiratet mit Susanne Gall, Krankenschwester, zwei Söhne: Sebastian und Sören

- 1974 Ausbildung zum Fernmeldehandwerker
- 1977 Wehrdienst
- 1978 beschäftigt als Fernmeldehandwerker
- 1982 Ausbilder und Personalrat
- 1989 SPD-Regionalgeschäftsführer
- 2001 Landtagsabgeordneter
- 2001 Kommunalpolitischer Sprecher SPD-Fraktion
- 2001 Landesgeschäftsführer der SGK in Teilzeit
- 2004 Vorsitzender des Innenausschusses
- 2006 Wiederwahl in den Landtag
- 2006 Wahl zum Parlamentarischen Geschäftsführer der SPD-Fraktion
- 2006 Innenpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion
- SPD-Mitglied seit 1975
- Mitglied in der IG Metall
- ehrenamtlicher Ortsvorsteher in Sülzbach seit 1989
- Gemeinderat in Obersulm seit 1984
- Kreisrat seit 1994, Vorsitzender SPD-Fraktion seit 1999
- Mitglied Feuerwehr Obersulm seit 1975
- Kreisausbilder für Feuerwehren im Landkreis Heilbronn seit 1984



- Gründungsmitglied und Vorsitzender Förderverein Michael-Beheim-Schule Obersulm
  - Mitglied verschiedener regionaler Vereine
  - Mitglied im Polizeibeirat der SPD Baden-Württemberg
  - Mitglied im Aufsichtsrat der Landesstiftung Baden-Württemberg
  - Mitglied im Verwaltungsrat der Kreissparkasse Heilbronn
  - Mitglied im Aufsichtsrat der SLK-Kliniken
- (Auszüge aus der Homepage des Ministers)

*RSeid*

### Der neue Ministerialdirektor im Innenministerium

Herbert O. Zinell (\* 17. Juni 1951 in Schramberg, Landkreis Rottweil) ist ein baden-württembergischer Kommunalpolitiker der SPD und seit 1990 Oberbürgermeister der Stadt Schramberg.

#### Biografie

Herbert Zinell wuchs in Schramberg auf, wo er nach dem Besuch der Grundschule die Haupt- und Realschule besuchte. 1968 trat er in die SPD ein und begann in diesem Jahr auch eine Verwaltungsausbildung im Rathaus von Aichhalden, die er 1971 beendete. Danach schloss er ein Studium an der Fachhochschule Kehl an, das er 1973 mit der Staatsprüfung für den gehobenen Verwaltungsdienst abschloss. Anschließend folgte ein Studium der Rechtswissenschaften und Soziologie an der Albert-Ludwigs-Uni-

versität Freiburg, das er 1978 mit Ersten Staatsexamen beendete. Ab 1978 absolvierte er sein Referendariat im baden-württembergischen Justizdienst. 1982 folgte das Zweite Staatsexamen. Von



1982 bis 1990 arbeitete Zinell als Rechtsanwalt und wurde 1984 in den Gemeinderat von Schramberg gewählt, wo er bis 1990 Vorsitzender der SPD-Fraktion war. 1986 promovierte er an der Universität Konstanz

über die Rechtsstellung des Unternehmers im Wasserwirtschaftsrecht.

Bei der Schramberger Oberbürgermeisterwahl 1990 trat er für die SPD gegen den CDU-Amtsinhaber Bernd Reichert an und setzte sich bei der Wahl am 9. September durch. 1998 und 2006 wurde er jeweils im Amt bestätigt. Herbert Zinell ist verheiratet.

*RSeid*

Anzeige

Werden Sie Mitglied beim

**»Deutschen Roten Kreuz«**

Durch eine Teilnahme an einem »Erste Hilfe Kurs« können Sie gerade bei Autounfällen durch schnelle Hilfe vor Ort Menschenleben retten!

Spenden Sie Blut - um anderen zu helfen - damit Ihnen auch geholfen werden kann! Gerade diese Blutspenden haben schon vielen verunglückten Autofahrern geholfen.

Dieser Eindruck wurde ermöglicht durch

**Labor Dr. Gärtner**

Elisabethenstraße 11, 88212 Ravensburg, Tel. 0751 / 5 02-0



# Zweigeteilte Laufbahn – eine unendlich scheinende Geschichte wird endlich Wirklichkeit

„Der Polizeiberuf stellt sehr hohe Anforderungen an die Beamtinnen und Beamten. Diese verantwortungsvolle Tätigkeit muss auch angemessen vergütet werden. Wir werden deshalb die Voraussetzungen dafür schaffen, dass die bisherigen Angehörigen des mittleren Dienstes schrittweise in den gehobenen Dienst übergeleitet werden und damit Zug um Zug die zweigeteilte Laufbahn einführen.“

Dabei werden wir einen Einstellungskorridor für den mittleren Dienst einrichten, um Realschulabgängern auch künftig den Zugang zum Polizeiberuf offen zu halten.“

So der Wortlaut aus dem Koalitionsvertrag.

Damit sind alle Voraussetzungen geschaffen, um nach jahrzehntelanger Blockade durch die CDU, auch in Baden-Württemberg die zweigeteilte Laufbahn für die Polizei einzuführen. Dabei geht es nicht nur um eine bessere Bezahlung, wie von vielen behauptet. Es geht darum, dass auch die Kolleginnen und Kollegen in der Polizei in Baden-Württemberg Aufgaben und Tätigkeiten haben, die wegen ihrer Wertigkeit den Laufbahnen des gehobenen und höheren Dienstes zugeordnet werden sollten.

So forderte die Gewerkschaft der Polizei bereits 1972 in ihrem Thesenpapier „DIE GEBREMSTE POLIZEI“:

- Die Polizei der Gegenwart und der Zukunft benötigt zur Bewältigung ihrer Aufgaben eine wissenschaftsorientierte Bildung und Ausbildung.
- Die Verbesserung der Bildung und Ausbildung der Polizei vermag die Effizienz polizeilicher Dienstleistungen wesentlich zu steigern und die derzeitigen Personalprobleme zu überwinden.
- Für die Schutz- und Kriminalpolizeibeamten ist eine fachwissenschaftliche Bildung und Ausbildung auf der Ebene der Fachhochschule erforderlich.
- Für die Schutz- und Kriminalpolizeibeamten mit Direktionsaufgaben ist eine wissenschaftliche Bildung und Ausbildung auf Hochschulebene erforderlich.

1975 hat die Saarbrücker Universität im Auftrag der Innenministerkonferenz ein Gutachten zum Berufsbild des Polizeivollzugsbeamten erstellt. Schon damals erkannten die Wissenschaftler, dass die Qualifikationsstruktur im Polizei-

dienst von einer derartigen Vielzahl von Anforderungen gekennzeichnet ist, wie sie in keiner anderen Verwaltung zu finden ist. Die logische Schlussfolgerung des Saarbrücker Gutachtens war



die Zuordnung der Funktionen des Polizeidienstes zum gehobenen und höheren Dienst.

Bereits damals gab es Bremser, als es darum ging, dieses Gutachten finanziell abzusichern und es somit in Auftrag zu geben. Es verwundert mich heute nicht mehr, dass diese Bremser aus Baden-Württemberg kamen. Deshalb ist das Gutachten wohl auch gleich in einer Schublade im Innenministerium verschwunden und vielleicht wird es ja bei der Amtsübergabe im Innenministerium wiedergefunden.

1987 hat die GdP in Nordrhein-Westfalen durchgesetzt, dass das dortige Innenministerium die Kienbaum Unternehmensberatung GmbH mit der Erstellung eines Gutachtens zur Bewertung der Schutzpolizei beauftragte. Bei der Untersuchung wurden zahlreiche Arbeitsplätze und Funktionsaufgaben der Polizei durchleuchtet.

Zusammenfassend wurde festgestellt, dass sich die polizeilichen Funktionen in ihrer Bewertung zum Teil erheblich unter dem Niveau der entsprechenden Funktionen des öffentlichen Dienstes bewegen. Das Ergebnis war,

die Schutzpolizei sollte in ihren Funktionen dem gehobenen und höheren Dienst zugeordnet werden.

Nachdem in verschiedenen Bundesländern, allen voran Hessen und Rheinland-Pfalz, die zweigeteilte Laufbahn eingeführt wurde, fand in Baden-Württemberg 1991 eine bis damals nie dagewesene Mobilmachung der Polizeibeschäftigten mit dem Ziel

Einführung der zweigeteilten Laufbahn

statt. Die sonst so loyalen Polizeibeschäftigten gingen auf die Straße, demonstrierten und hielten Versammlungen ab. Zum ersten Mal schlossen sich die GdP, die DPOLG und der BdK zu einer Kooperation zusammen und forderten in der „Karlsruher Vereinbarung“ die Einführung der zweigeteilten Laufbahn und demonstrierten mit 2000 Polizeibeschäftigten am 7. 9. 1991 in Karlsruhe gegen die CDU-Landesregierung. Im Vorfeld der am 5. 4. 1992 stattfindenden Landtagswahlen nahmen SPD, FDP und die Grünen die Forderung nach der zweigeteilten Laufbahn in ihre Wahlprogramme auf. Einzig und alleine die CDU blieb unbelehrbar, hat dann aber offensichtlich unter dem Druck und aufgrund der bevorstehenden Landtagswahlen am 6. 9. 1991 das „Besoldungsstrukturprogramm“ mit dem Ziel, die Stellen im gehobenen und höheren Dienst unter Beibehaltung der dreigeteilten Laufbahn vorgestellt, das in Prinzip bis zum jetzigen Regierungswechsel mit jeweiligen Verlängerungen gültig war.

Was sie von dem Besoldungsstrukturprogramm der Landesregierung hielten, zeigten 8000 Polizeibeschäftigte am 7. 12. 1991 in Stuttgart.

„Unter Buhrufen und Pfiffen betrat der CDU-Fraktionsvorsitzende Günther Oettinger das Rednerpodium. Seine Rede war bei dem Lärm der demonstrierenden Polizisten fast nicht zu verstehen, und als er immer wieder versuchte, seine Rede fortzusetzen, drehten sich, fast wie auf Kommando, plötzlich die 8000 Demonstrierenden um und zeigten ihm den Rücken, nahmen ihre Mütze ab und winkten und riefen „Auf Wiedersehen“.“

Zur Wahlauftaktveranstaltung der CDU am 7. 3. 1992 in Böblingen in der Kongresshalle kamen dann 5500 Kolleginnen und Kollegen.





## DER KOALITIONSVERTRAG

„Als der Parteivorsitzende Teufel und der Fraktionsvorsitzende Oettinger vorführen, zeigten die enttäuschten Polizeiangehörigen zu Tausenden die rote Karte. Daneben brausten die Buhrufe, begleitet von einem Pfeifkonzert in Richtung Kongresshalle und wie aus einer Kehle forderten Tausende – Teufel raus. Die Empörung lag zum Greifen nahe in der Luft, als der Bundesvorsitzende der CDU, Bundeskanzler Kohl, seiner Staatskarosse entstieg. Obwohl nur indirekt an dieser Auseinandersetzung beteiligt, traf ihn der Unmut der protestierenden Polizeibeschäftigten voll.“

Bei den Wahlen am 5. 4. 1992 verlor die CDU ihre absolute Mehrheit und musste mit der SPD eine große Koalition eingehen. Und obwohl ab diesem Zeitpunkt eine parlamentarische Mehrheit für die zweigeteilte Laufbahn im Landtag saß, konnte sich die SPD bei den Koalitionsverhandlungen mit der CDU als kleinerer Koalitionspartner nicht durchsetzen.

Die Gewerkschaft der Polizei hat es aber nicht versäumt, ihre Forderungen

nach einer gerechten Bewertung der Polizei aufrecht zu halten, aber bei allen Verhandlungen mit den CDU-regierten Landesregierungen war festzustellen, dass sie die zweigeteilte Laufbahn scheuten wie der „Teufel das Weihwasser“.



**Demonstrationszug am 7. 3. 1992 durch Böblingen.**

Nachdem für die Angehörigen der Kriminalpolizei die zweigeteilte Laufbahn eingeführt wurde und die Deutsche Polizeigewerkschaft wieder eine Sonderlaufbahn favorisierte, brach die Kooperation auseinander.

Zusammen mit dem CDU-Arbeitskreis Polizei stellten DPoIG und BdK im März 2009 ein eigenes Besoldungs- und Laufbahnmodell vor. Obwohl der damalige Innenminister Rech angeblich versprochen hatte, die Vorschläge zu prüfen und aufzugreifen, wurde das Besoldungs- und Laufbahnmodell, mit weniger Funktionsgruppen, nicht berücksichtigt.

Jetzt ist die zweigeteilte Laufbahn im Koalitionsvertrag verankert. Obwohl uns von unseren Mitbewerbern immer wieder gesagt wurde, nicht realisierbar und nicht durchführbar, hat sich unsere Beharrlichkeit gelohnt und ein Zitat aus dem Informationsblatt „Wir die GdP“, Ausgabe 1/92, hat sich erfüllt:

**Die Polizei der CDU enteilt – schwupp ist die Laufbahn zweigeteilt!!!**

Nun gilt es, die politische Forderung mitzugestalten und umzusetzen. Wir werden dabei ein zuverlässiger und verlässlicher Partner sein, werden aber auch darauf achten, dass politische Versprechen eingehalten werden.

WKi

## WICHTIGE TERMINE

### Seminare

Für die nachfolgenden Veranstaltungen sind noch Plätze frei:

25. 5. 2011: Personalräteschulung zur DRR für den Regierungsbezirk Freiburg bei der BPD Lahr

26. 5. 2011: Personalräteschulung zur DRR für den Regierungsbezirk Tübingen bei der BPD Biberach

27. 6. – 1. 7. 2011: Personalrätegrundschulung an der Akad. Pol. Außenstelle Wertheim

7. 7. 2011: Personalräteschulung zur DRR für den Regierungsbezirk Stuttgart bei der BPD Göppingen

Für alle Seminare ist ein Entsendebeschluss des Personalrats für die Kostenübernahme und die Fahrtkosten erforderlich.

14. 7. 2011: Personalrätekonferenz zum Thema „EU-Arbeitszeitrichtlinien für die Regierungsbezirke Karlsruhe und Freiburg bei der PD Offenburg.

26. 7. 2011: Personalrätekonferenz zum Thema „EU-Arbeitszeitrichtlinien für die Regierungsbezirke Tübingen und Stuttgart bei der PD Böblingen.

Für die Personalrätekonferenzen ist ein Entsendebeschluss des Personalrats für die Übernahme der Fahrtkosten er-

forderlich. Anmeldungen sind direkt über die GdP-Geschäftsstelle 0 70 42/87 90 oder für die Schulungen Dienstrechtsreform unter [christine.till@gdp-bw.de](mailto:christine.till@gdp-bw.de) und für die Personalrätegrundschulung und die Personalrätekonferenzen unter [andrea.stotz@gdp-bw.de](mailto:andrea.stotz@gdp-bw.de) möglich.

WKi

## AUS DEN KREISGRUPPEN

### Seniorenstammtisch beim PP Stuttgart

Der GdP-Seniorenstammtisch der KG PP Stuttgart trifft sich am Donnerstag, 30. 6. 2011, um 14.00 Uhr bei der Uni Hohenheim, Landwirtschaftliches Museum, Garbenstraße 9a, Stuttgart-Vaihingen.

Im Anschluss an den Museumsbesuch treffen wir uns im Biergarten „Zur Garbe“ (in der Nachbarschaft des Museums), Filderhauptstraße 136. Parkplätze stehen genügend zur Verfügung. Die Anfahrt ist auch möglich mit der U3 und den Buslinien 65, 70 und 73-76. Ich bitte um eine Anmeldung unter 07 11/89 90-37 47 oder unter [walter.burkart@polizei.bwl.de](mailto:walter.burkart@polizei.bwl.de)

## PERSONALMITTEILUNGEN

### Die GdP gratuliert herzlich

**Zur Beförderung zum/zur:**

**Polizeidirektor**

Heilbronn: Rolf Lutz.

**Polizeihauptkommissar A 11**

Alb-Donau/Ulm: Hermann Knapfer.

Stuttgart PP: Heiko Gorzelany.

**Polizeioberkommissar**

Sigmaringen: Josef Keller.

Stuttgart PP: Oliver Echtner.

**Polizeikommissar/-in**

Karlsruhe PP: Peter Braun, Sascha

Ehmann, Sandra-Denise Ochs. Rems-

Murr-Kreis: Gregor Malejka, Natalie

Möller. Reutlingen: Ina Fünfer,

Steffen Dalke.

**Polizeihauptmeister/-in**

Stuttgart PP: Yvone Möwes, Bianca

Kropp.

**Es traten in den Ruhestand:**

Biberach PD: Reiner Enderle, Horst

Kattner. Lörrach: Karl-Friedrich Sulz-

berger. Rems-Murr-Kreis: Bernhard

Schulz. Rottweil: Herbert Brinz.

(Zusammengestellt v. A. Burckhardt)



# Bau Dir DEIN GdP-Haus

Erstklassige Fertighäuser  
zu sagenhaft günstigen  
GdP-Konditionen!

Für jedes GdP-Haus gibt  
es eine  
**GARAGE GESCHENKT**  
dazu!



Unsere GdP-Haus-Hotline:

**07042/ 879 - 0**

Anrufen und einen kostenlosen, unverbindlichen  
Beratungstermin vereinbaren!



**GdP-SERVICE-GMBH BW**  
MIT SICHERHEIT EIN GUTES GESCHÄFT

